



Wo sich der Wolf wohlfühlt

Experten sprechen über Verbreitung des Isegrim in RLP. *Seite 2*

Was Berufsschüler in Koblenz über die Landespolitik denken

Angehende Erzieher im Gespräch. *Seite 15*



EXKLUSIV IM
WOHNKAUFHAUS

LOFT 20
DESIGN STYLE WOHNEN

billi & friends
DAS WOHNKAUFHAUS
Spitalsgraben 7
Gewerbepark Mülheim-Kärlich
Mo. - Sa. 10:00 - 19:00 Uhr

Führt Iran-Krieg zum Kosten-Tsunami?

Experten und Branchenvertreter sind alarmiert: Preise für Lebensmittel oder Sprit könnten weiter deutlich steigen

Von Jan Drebes, Hagen Strauß und den dpa-Korrespondenten

■ **Berlin/Teheran.** Ob Diesel, Benzin, Heizöl oder Lebensmittel: Verbraucher in Deutschland müssen sich wegen des Iran-Kriegs auf deutlich steigende Preise einstellen. „Natürlich könnte der Krieg Kosteneffekte bei Lebensmitteln nach sich ziehen. Die Beschaffungswege sind kosten- und energieintensiv“, sagte Boris Hedde, Geschäftsführer des Handelsforschungsinstituts IFH Köln. Schon nach Beginn des Kriegs in der Ukraine seien die gestiegenen Ausgaben für Lieferung, Logistik und Energie bei den Verbrauchern angekommen, berichtet Hedde.

Auch Michael Grömling, Forscher am Institut der deutschen Wirtschaft (IW), hält solche Folgen für möglich: „Die aktuelle Nahostkrise dürfte die gesamte Rohstoffproblematik und damit die inländischen Produktionskosten weiter beeinträchtigen.“ Wann und wie stark dies auf die Lebensmittelpreise für Endverbraucher durchschlage, sei derzeit schwer abzuschätzen. Das hänge von der Dauer der Krise und den vielfältigen Störungen im Welthandel ab.

Steigt Inflationsrate auf 4 Prozent?

Handelsexperte Stephan Rüschchen geht davon aus, dass der höhere Ölpreis Lebensmittel kurzfristig allenfalls geringfügig verteuert. „Produkte, die aus der Region importiert werden, werden vermutlich sprunghaft im Preis steigen“, sagte der Professor der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Heilbronn. Betroffen seien eher Randprodukte wie Datteln, Nüsse, Pistazien und einige Gewürze. Sein Kollege Carsten Kortum hält es für möglich, dass die Inflationsrate durch die Sperrung der Straße von Hormus – dort wurde am Mittwoch laut der britischen Behörde für Sicherheit der Handelsschifffahrt ein Containerschiff von einem unbekannten Geschoss getroffen, was zu einem Feuer im Maschinenraum führte – wieder auf 3 bis 4 Prozent steigen könnte. Betroffen seien besonders Japan und China, die ihren Energiebedarf nun anderswo decken müssten. „Angebot und Nachfrage werden dann zu höheren Preisen führen.“ Wann sich dies im Supermarktgeregale bemerkbar mache, sei offen. Bei Artikeln wie Backwaren oder Milchprodukten könne es schneller passieren.



Ein Nadelöhr, das dem Iran als Waffe im Krieg mit den USA und Israel dient: Die Straße von Hormus ist extrem wichtig für den weltweiten Handel. Das Mullah-Regime hat sie jetzt gesperrt.

Foto: -/The Visible Earth/NASA/dpa

Die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie erwartet durch die Kostensteigerungen bei Gas und Öl Folgen für die Produktion von Lebensmitteln und Getränken. Viele Produktionsprozesse wie Trocknen oder Backen seien auf Erdgas angewiesen. Steigende Ölpreise verteuern laut Verband Diesel- und Kraftstoffe und so besonders die Logistik. Gesperrte Transportwege, längere Routen und geringere Containerkapazitäten erhöhten Fracht- und Logistikkosten. Hauptgeschäftsführer Christoph Minhoff fordert Sofortmaßnahmen von der Politik wie etwa die Reaktivierung der Gaspreisbremse. „Wer den dro-

henden Kosten-Tsunami für die Lebensmittelbranche stoppen will, um den Verbraucher nicht zusätzlich zu belasten, muss jetzt konsequent handeln.“

Neue Belastungen fürchtet der Deutsche Bauernverband. „Besonders kritisch ist, dass nun zu Beginn der Feldarbeiten erneut deutliche Kostensteigerungen drohen“, sagte Generalsekretärin Stefanie Sabet. Die Landwirte sorgen sich, dass sie die steigenden Kosten allein tragen müssen. „Fest vereinbarte Lieferverträge lassen kurzfristige Preisanpassungen kaum zu, und über Endverbraucherpreise entscheidet maßgeblich der Lebensmittel Einzelhandel.“

Trump droht Spanien mit Handelsembargo – Madrid fühlt sich von Merz dupiert

Spanien hat Kanzler Friedrich Merz (CDU) mangelnde Solidarität angesichts der Kritik von US-Präsident Donald Trump an dem Nato-Partner vorgeworfen. Er habe Deutschland seine „Überraschung“ darüber mitgeteilt, sagte Außenminister José Manuel Albares. „Wenn man mit einem anderen Land eine Währung, eine gemeinsame Handelspolitik und einen gemeinsamen Markt teilt, erwartet man dieselbe Solidarität, die Spanien beispielsweise gegenüber Dänemark gezeigt hat, als es auf-

grund Dänemarks Bestrebungen, seine territoriale Integrität in Grönland aufzugeben, zu Zolldrohungen kam“, sagte Albares. Trump hatte bei einem Treffen mit Merz Kritik an den Regierungen von Spanien und Großbritannien geübt. „Einige europäische Länder wie Spanien haben sich schrecklich verhalten“, sagte Trump im Weißen Haus mit Blick auf die US-Angriffe auf den Iran. „Spanien hat tatsächlich gesagt, dass wir ihre Stützpunkte nicht nutzen dürfen.“ Vor laufenden Kameras ging Merz im

Negative Folgen fürchtet auch der Handelsverband Deutschland. Der Krieg könnte die ohnehin schwache Konsumstimmung weiter verschlechtern, sagte Hauptgeschäftsführer Stefan Genth. „Die Verunsicherung durch die internationalen Krisen und Konflikte steigt immer weiter. Das ist Gift für den Konsum.“

Der Dieselpreis ist infolge der Verwerfungen des Krieges – in dem das US-Militär nach eigenen Angaben mehr als 2000 Ziele im Iran angegriffen haben – auf mehr als 2 Euro geklettert. Einen Tankrabatt wie 2022 nach dem Beginn des Ukraine-Kriegs plant die schwarzrote Regierung nicht. „Das steht

Weißen Haus nicht auf den Angriffen Trumps ein. Später trat der er Trumps Drohung entgegen, die Wirtschaftsbeziehungen zu Spanien zu kappen. Mit Blick auf den US-Zollkonflikt mit der EU betonte Merz, Spanien sei EU-Mitglied: „Und als solches führen wir Verhandlungen über ein Zollabkommen mit den USA nur gemeinsam oder gar nicht“, stellte er klar. Die EU warnte Trump davor, Spanien wegen mangelnder Unterstützung für den Krieg mit einem Handelsembargo zu belegen. *dpa*

nicht auf der Agenda“, sagte Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU). Stattdessen setzt die Koalition eine Taskforce ein. Ziel: im engen Austausch mit der Regierung die Entwicklung zu analysieren und Handlungsmöglichkeiten zu prüfen. Die Versorgung mit Öl und Gas ist laut Wirtschaftsministerin Reiche nicht gefährdet. „Wir sehen keine Knappheiten bei Öl. Im Gasmarkt sehen wir auch keine physischen Knappheiten“, so die Ministerin.

Die Alternativen zum Tankrabatt

Doch welche Alternativen liegen auf dem Tisch? SPD-Fraktionsvize Esra Limbacher sprach sich dafür aus, die täglichen Erhöhungen an den Tankstellen stark einzuschränken. „Ein erster Schritt wäre die Häufigkeit zu begrenzen, mit der Tankstellen und Mineralölkonzern die Preise anheben dürfen“, sagte Limbacher unserer Zeitung.

Der Bundesrat hatte im November einen Beschluss für „transparente Kraftstoffpreise“ gefasst. Limbacher betonte: „Dazu ist aus dem federführenden Wirtschafts- und Energieministerium von Frau Reiche bisher nichts gekommen.“ Der derzeitige Preisanstieg sei „in dieser Geschwindigkeit sachlich nicht zu erklären“, sagte der SPD-Politiker. „Das Benzin und der Diesel, die aktuell verkauft werden, wurden überwiegend zu deutlich niedrigeren Rohölpreisen eingekauft.“ Limbacher sprach daher von „Abzocke zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher“.

Auch SPD-Fraktionsvize Armund Zorn pochte auf konsequentes Handeln. „Sollte sich zeigen, dass Mineralölkonzern geopolitische Unsicherheiten nutzen, um überzogene Gewinne zu erzielen, wäre das inakzeptabel. Dann muss das Bundeskartellamt konsequent prüfen und gegebenenfalls einschreiten. Wir wissen aktuell noch nicht, wie lange die Angebotskrise am Gas- und Ölmarkt anhält. Wir erwarten aber von der Bundesregierung, dass sie sich auf alle Szenarien vorbereitet.“ Dazu gehöre auch die Nutzung der strategischen Reserven, um Preissprünge abzufedern. Er betonte außerdem, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigt und nicht abgebremst werden dürfe. „Die nachhaltigste Antwort auf steigende fossile Energiepreise ist mehr Unabhängigkeit“, sagte Zorn.

Mehr auf den Seiten 4, 6, 7 und 14

Kompakt

Fettleibigkeit: Immer mehr Diagnosen in RLP

■ **Rheinland-Pfalz.** Immer mehr Menschen in Rheinland-Pfalz, Hessen und dem Saarland leiden laut IKK Südwest unter Übergewicht. Die Zahl der Diagnosen bei ihren Versicherten sei von 2019 bis 2024 um knapp 11 Prozent auf rund 67.000 gestiegen, teilte die Kasse anlässlich des Welt-Adipositas-Tag am Mittwoch mit. In Rheinland-Pfalz wuchs die Zahl der diagnostizierten Fälle demnach um 7,9 Prozent gelegen. Besonders stark steigen die Diagnosen bei älteren Menschen ab 65 Jahren. Über alle drei Länder lag der Zuwachs dort bei 39 Prozent.

Mammografie ist jetzt bereits ab 45 möglich

■ **Berlin.** Brustkrebs-Früherkennung per Mammografie ist nun bereits für Frauen ab 45 Jahren statt bisher 50 Jahren möglich. Das teilte das auch für Nuklearsicherheit zuständige Bundesumweltministerium mit. Studien zeigen nach Angaben des Ministeriums, dass der Nutzen einer Früherkennungssuntersuchung nicht nur bei Frauen zwischen 50 und 75 Jahren, sondern auch bei Frauen zwischen 45 und 49 Jahren die strahlenbedingten Risiken überwiege. Wer schon in jüngerem Alter eine Mammografie machen lassen möchte, muss diese aber vorerst noch selbst zahlen. Die gesetzlichen Krankenkassen übernehmen die Kosten der Untersuchungen zunächst noch nicht. *dpa*

Die gute Nachricht

NS-Verbrechen: Projekte informieren Jugendliche

Jugendliche sollen in 18 neuen Projekten mehr über die Aufarbeitung der NS-Verbrechen erfahren. Der Bund fördert sie mit 830.000 Euro, berichtet das Büro von Kulturstatsminister Wolfram Weimer. Verschiedene Organisationen haben die Initiativen in Zusammenarbeit mit Schülern und unter der Federführung der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft erarbeitet. Die Stiftung steuert zusätzlich weitere 83.000 Euro bei. Weimer erklärte: „Die Projekte, die von jungen Menschen selbst mitentwickelt wurden, sind ein hervorragendes Beispiel für eine innovative und lebendige Erinnerungskultur.“ Gerade in Zeiten von Falschinformationen, der Infragestellung historischer Wahrheiten und wachsendem Antisemitismus seien diese Projekte wichtig. *epd*

INHALTSVERZEICHNIS

Wirtschaft	7/8
Leben	9
Kultur	10/11
TV-Programm	12
Intermezzo: Roman, Horoskop	25

DIGITALES

www.rhein-zeitung.de
www.facebook.com/rheinzeitung
www.instagram.com/rheinzeitung

WIR FÜR SIE

Abo/Zustellung Tel: 0261/9836 2000
Anzeigen Tel: 0261/9836 2003



Den Handwerksfirmen fehlen 200.000 Fachkräfte

„Der Akademikerwahn verstellt den Blick auf die Realitäten“: Branchenverband fordert von Schwarz-Rot ein höheres Reformtempo

■ **München.** Deutschlands Handwerkern fehlen geschätzt 200.000 Fachkräfte. Ende Dezember waren bei der Bundesagentur für Arbeit 119.565 offene Stellen im Handwerk gemeldet, berichtet der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH). Da etliche Betriebe freie Stellen nicht bei der Arbeitsagentur melden, schätzt der ZDH den tatsächlichen Fachkräftebedarf auf 200.000 zusätzliche Mitarbeiter und damit geringfügig weniger als im vergangenen Jahr.

Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) sicherte den Handwerkern bei der Eröffnung der Münchner Handwerksmesse Unterstützung zu: „Wo keine Nachfolgerin und kein Nachfolger gefunden wird, verliert eine ganze Gemeinde oft den letzten Bäcker oder den vertrauten Dachdecker oder die Kfz-Werkstatt im Ort. Deswegen werden wir im Wirtschaftsministerium, werde ich alles tun, dass Vermögenssteuern, dass Erbschaftssteuern nicht kommen.“

Handwerkspräsident Jörg Dittich forderte von der schwarz-roten Koalition höheres Reformtempo: „Diesen großen Ankündigungen, die wir jetzt haben, müssen auch die Taten folgen. Impulse allein genügen nicht für einen dynamischen und nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung. Meine Erwartung für dieses Jahr ist deshalb eindeutig: mehr Tempo bei Reformen, dabei mehr Vertrauen in Unternehmertum und weniger staatliche Detailsteuerung und Kontrolle.“

Für 2026 erwartet der ZDH nur ein schwaches Umsatzwachstum von 1 Prozent. Anders als etliche große Industriefirmen bauen die Handwerksbetriebe jedoch nicht in großem Umfang Stellen ab. 2026 könnte die Beschäftigung laut ZDH zwar um 60.000 Mitarbeiter sinken – doch ein Hauptgrund ist, dass viele Handwerker das Rentenalter erreichen. Auch Betriebsaufgaben spielen eine Rolle, weil Firmenchefs in den Ruhestand gehen oder ihnen die Lust vergangen ist.

2025 blieben 16.213 Lehrstellen im Handwerk unbesetzt, knapp 2900 weniger als im Vorjahr. Jeder neunte Ausbildungsplatz ist vakant. „Noch immer haben zu viel junge Leute und nicht zuletzt auch deren Eltern nicht genau im Blick, welche vielfältigen und hervorragenden beruflichen Perspektiven es im Handwerk gibt“, wirbt Bayerns Handwerkspräsident Franz Xaver Peteranderl. „Der noch weit verbreitete Akademikerwahn verstellt den Blick auf die Realität.“ *dpa*